

Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Freitag, den 13. Dezember

1918.

№ 293

Die Volksbeauftragten gegen die rheinisch-westfälische Republik.

Berlin, 11. Dez. Heute wurde folgender Aufruf veröffentlicht:

„An das deutsche Volk!“

Am 4. Dezember 1918 haben zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein aufgefordert, die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörenden, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reiches oder Freiens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volksmäßig regelt.

Wie diese Aufgabe mit selbständiger Reichsleitung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neuordnung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrheitsgemäßen Entwicklung liegen. Hierbei vorsorgungsmäßig mitzuwirken sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens“ berufen, die auch in Rheinland-Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden. Aufs entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reiches wird nicht „gewahrt“, sondern gefährdet durch die völlig grund- und bewislosen Behauptungen, es bestreite die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“. Vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind sich deshalb gewiß, daß auch in Rheinland-Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten deutschen Reiches und ihre politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Teilungsvorhaben offener oder versteckter Art zu vereinen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, den 11. Dezember 1918. Die Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Schildemann, Dr. Bruns, Staatssekretär.

Tagebneuigkeiten.

Die Änderungen in der Verwaltung Elsaß-Lothringens.

Paris, 10. Dez. Das französische Amtsblatt veröffentlicht unter dem 6. Dez. eine Reihe von Verordnungen über die vorläufige Verwaltung in Elsaß-Lothringen. U. a. wird jeder Handel mit den Mittelstaaten verboten. Die Gerichtsbearbeiter sind bis auf weiteres ihrer Amtsführung enthoben; zuständig sind die Kriegengerichte. Die Eisenbahnen werden von einem Ausschuss geleitet. Die Beamten und das Eisenbahnpersonal treten wieder in den Dienst und werden der französischen Verwaltung unterstellt. Die Eisenbahnen haben am 30. Dezember um Mitternacht ihre Bilanz abzuschließen. — „Populaire“ betont: Als Sozialisten haben wir an dem Grundsatz festzuhalten, daß die Gebiete über sich selbst verfügen müssen. Auch das wohlverstandene Interesse Frankreichs würde mehr von der Abfindung haben. Der „Progress“ meldet: Dem Hl. Stuhl wurde die Abberufung der preussischen Bischöfe von Metz und Straßburg vorgelegt.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier. Trier, 12. Dezember. W.B. Die deutschen Delegierten der Waffenstillstandskommission sind nunmehr sämtlich in Trier angekommen. Nachdem gestern morgen Staatssekretär Erzberger mit etwa 30 Personen und deren Begleitern von Berlin kommend im Hotel „Zur Post“ abgestiegen war, kamen gestern Nachmittag um 5 Uhr die deutschen Delegierten von Spaas, unter ihnen General von Winterfeld, an. Letztere wohnen im „Domhotel“. Es

sind viele Personen. Bei ihrer Ankunft war der Hauptbahnhof durch amerikanische Truppen abgesperrt. Sowohl die Kommissionsmitglieder im „Domhotel“ als die im Hotel „Zur Post“ sind strengstens interniert. Niemand hat zu ihnen Zutritt. Die Vertreter der Allierten sind noch nicht angekommen. Heute wird Marshall Foch in Trier einreisen.

Der Bayerische Bauernverein kündigt der Regierung die Mitarbeit.

München, 9. Dez. Der Bayer. Bauernverein hatte sich im Interesse der Ruhe und Lebensmittelversorgung bisher an der Bildung von Bauernräten in Gemeinden und Bezirksräten beteiligt. Da aber die vorläufige Regierung Richtlinien für die Bauernräte kürzlich herausgegeben hat, aus denen ersichtlich ist, daß letztere dazu dienen sollen, die alten freien Organisationen der Bauern an die Wand zu drücken, die politische Agitation für die Regierung auf dem Lande in sozialistischem Sinne zu besorgen und drittens einen Kevers zu unterstreichen, auf Grund dessen sie sich für die Republik verpflichten, so fordert das Präsidium des Bayer. Bauernvereins seine sämtlichen Mitglieder unter schärfstem Protest gegen eine derartige politische Anbetelung und Notnacht schlimmster Sorte auf, sich bei der Wahl zu den gemeindlichen, distriktionalen und Kreisbauernräten überhaupt nicht zu beteiligen. Die Folgen werden sich bald unangenehm bemerkbar machen.

Freilassung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen.

Berlin, 11. Dez. Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen, Edward Heinen, Direktoren Hesse, Becker, Würg, Kommerzienrat Küchen und Assessor Stens, sind auf Anordnung des preussischen Ministers heute sämtlich freigelassen worden. Der Kellner, der das Gespräch belauscht haben wollte und dessen Aussagen sie sehr belasteten, erscheint nicht als unbedingt glaubwürdig. Der Wirt des Lokals, in dem die Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, hat beteuert, daß bei ihm eine derartige Konferenz überhaupt nicht stattgefunden haben sollte.

Abgelehnte Sozialisierung.

Danzig, 11. Dez. W.B. Wie kürzlich mitgeteilt worden ist, hat Geh. Komm.-Rat August Benzke in Braubenz seinen ganzen Vorschlag zur Sozialisierung seiner Arbeiterkraft zur Verfügung gestellt. Nach einer Meldung der „Danziger Zeitung“ haben nunmehr die Arbeiter beschlossen, dieses Angebot abzulehnen, weil sie eine herabgehende Konjunktur befürchten und es für besser halten, wenn das Unternehmen in einer starken Hand bleibt.

Befragung Posen und Schlesiens?

Amsterdam, 10. Dez. Nach einem Haasbericht aus Amsterdam sind die polnisch-amerikanischen Divisionen unter dem Befehl des Generals Halber nach Havre abgereist, von wo sie sich nach Danzig einschiffen werden. Sie werden die Provinzen Posen und Schlesien besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufschlagen. (Diese Meldung, die tatsächlich schwere Unruhe hervorrufen muß, klingt tatsächlich kaum glaublich. Denn es ist klar, daß sie den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, die für den Osten die Einhaltung der Rüstungsregeln festlegen, glatt zuwiderläuft. Aufklärung und nötigenfalls schleuniger einschleppender Protest der Reichsleitung ist dringend geboten. V. Red.)

Oppeln, 10. Dez. W.B. In den Protestkundgebungen gegen die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien am 9. 12. in fast allen Oberschlesischen Städten wurde die Besammlungen durch einen Beifall von Tausenden bejahend beantwortet. Die polnische Opposition, die sich an einzelnen Stellen bemerkbar macht, wurde fast überall auf das entschiedenste zurückgewiesen. In Oppeln wurde von 2000 Personen einstimmig folgende Resolution gefaßt und an den Volksbeauftragten Ebert gesandt: Ueber 2000 deutsche und polnisch sprechende Männer und Frauen aus dem Städte- und Landkreis Oppeln sprechen das unbedingt verlangte aus, daß Oberschlesien auch weiterhin mit dem Deutschen Reich vereinigt bleibt. Die mehr als 600 Jahre lange Zusammengehörigkeit hat so enge wirtschaftliche und kulturelle Bande mit Oberschlesien und das Reich geschaffen, daß die Bestrebungen gewissenloser Hehler, die Gemeinschaft zu lösen, den einschneidendsten Widerspruch herausfordern. Wir sprechen die dringende Bitte aus, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens zu gewährleisten, und daß es gegen wilde Annahmegerüste geschützt werde.“

Kunzigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pfg. bei mehrmaliger entsprechend Abatt.

Fernsprecher 26. Postcheckkonto 6113 Stuttgart.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 13. Dezember 1918.

Uebertragen wurde eine Oberrealschule an dem Reformgymnasium in Stuttgart dem Oberrealschullehrer Rapp an der Realschule in Vornheimen.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Nagold. Die Vertreter der Gemeindebauernräte im Bezirk Nagold trafen gestern Mittag 1 Uhr im hiesigen Traubenlaal zu einer Sitzung zusammen. Unter herzlichem Begrüßungsworten eröffnete der stellv. Vorsitzende des Vereins, Herr Oberamtsleiter Dr. Rejger die Versammlung. Von den Besammelten wurde beschlossen, daß der Bezirk zwölf Vertreter stellen solle, und daß immer mehrere benachbarte Gemeinden einen solchen zu wählen haben. Die Delegierten der einzelnen Gemeinden wählten hierauf untereinander die Vertreter, welche nunmehr den Bezirksbauernrat bilden. Als Vorsitzender und zugleich Abgeordneter zum Landesbauernrat in Stuttgart wurde durch geheime Stimmwahl Herr Kaufmann Nagold bestimmt. — Um 3 Uhr Mittags war im gleichen Saal eine öffentliche Versammlung anberaumt worden, zu der Frauen und Nichtmitglieder ebenfalls eingeladen waren. Nach den Begrüßungsworten des stellv. Vorsitzenden ergriff Herr Obergeometer Gärner das Wort zu seinem Vortrag über „Aufklärung über die heutige Lage und die Landwirtschaft“. Von der politischen Lage Deutschlands ausgehend, besprach er besonders die landwirtschaftlichen Verhältnisse, die jetzt in unserem Lande herrschen, über Brot, Kartoffeln, Milch- und Fleischversorgung. Seine interessanten Ausführungen fanden allseitigen Beifall. In den Vortrag schloß sich eine längere, sehr angeregte Diskussion, die sich im wesentlichen auf die Aufgaben der landwirtschaftlichen Bezirksvereine erstreckte. Es wurde eine Reihe berechtigter Wünsche, besonders der kleinen Landwirte, zur Sprache gebracht. Gerade jetzt müsse der Bauernstand das Letzte hergeben, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Man dürfe aber von ihm nicht Unmögliches verlangen. Wenn der Großhändler wissen möchte, wie der kleine Bauer leben muß, würde er wohl manche falsche Ansicht beiseite legen. In der Versammlung herrschte daher auch der einstimmige Gedanke, alles, was in der Nacht stehe, zu opfern, und alles beizutragen, um die Kluft zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen kleinen, mittleren und größeren Besitzern nicht zu erweitern, sondern zu schließen. Denn volle Einheitlichkeit könne nur den Staat retten. In würdiger Weise gedachte man unserer heimgekehrten tapferen Truppen, besonders aber auch der Gefallenen und Kriegesbeschädigten und ehrte sie durch Erheben von den Plätzen. — Die geführte Versammlung war ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man sich in der Bauernschaft zu regen beginnt, denn man hat begriffen, daß deren Existenz auf dem Spiele steht. Und eine offene, wenn auch künftige Aussprache kann so manche Vorurteile und Hindernisse überwinden.

Der deutsche Markkurs. Der deutsche Kurs ist am 10. Dez. in der Schweiz auf 52 gesunken? Damit erreicht er bald den Silberwert der Reichsmark.

Was jetzt alles gestohlen wird. Beim Überfliegen eines bayrischen Feldartillerie-Regiments merkte man erst, daß die ohne Aufsicht gelassenen Geschützfüller in Oberrisingen (Ob. Nördlingen) entbrochen und einige größere Anzahl Waffen und Munition gestohlen worden ist. — Dem General einer in Pfälzingen aufgelösten Infanteriebrigade ist ein wertvolles neues Schremsenjahr abhanden gekommen. Das Gestell lag der Dieb stehen. — Aus der Turnhalle in Herrensberg, wo Militärgerät lagert wurden Revolver, Gewehre, Trappsch und Schußwaffen gestohlen. Bängere Baracken sind als Lärre bekannt. — Der Landsturmkommando in Calw wurde aus einer Schauer als der Posten fehlt, ein Dache gestohlen. — Auf dem Dachstuhl durch Halterbach (Ob. Nagold) ist ein westfälischer Inf.-Regt ein Maschinengewehr mit Munition gestohlen worden.

Warnung vor zu überreiltem Viehverkauf. In der letzten Zeit macht sich unter den Landwirten eine sehr starke Abgabe von Vieh bemerkbar. Als Ursachen werden bezeichnet: Futterknappheit, die Höhe der Neu- und Strohpreise, besonders aber die Befürchtung, daß die Viehpreise in nächster Zeit eine Herabsetzung erfahren könnten. Auch fürchten sich die Bauern, besonders im bayerischen Teil, vor einer Befragung durch die feindlichen Truppen! Die bayrische Fleischversorgungsstelle teilt diesen Befürchtungen entgegen, macht auf die schädlichen Folgen aufmerksam und warnt dringend vor einer übereilten Abgabe von Vieh, da ein Verlust in absehbarer Zeit sicher nicht zu befürchten sei. Dagegen besteht die genannte Fleischversorgungsstelle darauf, daß von dem Ueberfluß von Schlachtschweinen, der auf dem Markt herrsche, auch entsprechende Mengen in die Städte abgeführt werden, und droht indessenfalls mit Zwangsverlagerung der Schweine.

Vom Lande. Eine große Anzahl von Arbeitern in der Landwirtschaft stellt an die Arbeitgeber Ansprüche, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt nicht oder nur unter Liebertretung der gesetzlichen Vorschriften erfüllt werden können. Namentlich zeigen die jugendlichen Arbeiter kein ausreichendes Verständnis für die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung. Dadurch geraten die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in sehr schwierige Lage. Bei einzelnen Befragungen durch die Arbeitgeber werden diesen vielfach eigenartige Gründe unterzogen. Des sollte doch allmählich jedem einleuchten, daß auch der Landwirt mit seiner Familie auskommen muß.



